

Pöfener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 28. Februar.

1883.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. S. Ulrich & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streifand, in Breslau bei J. Mathias, in Breschen bei J. Jadrach.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. S. Paube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 148.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile über dem Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Breslau, 27. Februar. Der König hat die Regierungs-Affessoren Dr. jur. v. Körber und Freiherr v. Dörnberg in Waldenburg zu Landräthen ernannt; sowie dem Regierungs- und Schulrath Bod zu Liegnitz den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen. Dem Landrath Dr. jur. v. Körber ist das Landrathsamt im Kreise Waldenburg übertragen worden.

Vom Pandalage.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung.

Breslau, 27. Februar. Am Ministertische: v. Götter. Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Die Spezialberatung des Kultussetats wird fortgesetzt. Bei dem Titel: Zuschuß für die theologische und philosophische Akademie in Münster 115,179 Mark nimmt

Abg. Frhr. v. Seereman: Seit vielen Jahren habe ich Beschwerden in Bezug auf die Akademie in Münster hier vorgetragen, bis jetzt aber noch keine Berücksichtigung gefunden. Abgesehen davon, daß mir der konfessionell-katholische Charakter nicht streng gewahrt zu sein scheint, sind große Uebelstände, namentlich im wissenschaftlichen Fakultät vorhanden. Obgleich die Anstalt zur Vorbildung von Geistlichen dienen soll, werden doch von den philosophischen Fakultäten unqualifizierbare Angriffe auf das Christentum erhoben. Ich verlange die weitere Erhaltung der milden Stiftungen im Interesse der Altordnen und Aufbesserung des Studienfonds, zumal die Westfalen in wissenschaftlicher Beziehung bisher ziemlich tiefstehend behandelt worden ist. Es existiert in Münster ein unbesoldeter Privatdozent der Philosophie, der 39 Semester hindurch mit dem geringsten Gehalt gelebt hat, derselbe ist heute noch, nach 39 Semestern außerordentlicher Professor geworden, und es ist Prof. Dr. Gagermann.

Minister v. Götter erwidert, daß keine etatsmäßige Vakanz in der Akademie vorhanden sei, die dem Herrn Dr. Gagermann übertragen werden könnte; eine Verweisung nach Breslau habe derselbe abgelehnt. Unterstaatssekretär Greiff beantwortet die Anregung über die Erhaltung des Studienfonds. Der Fonds sei nicht verringert, vielmehr ein bedeutender Betrag einfließen worden. Die Regierung hat die Akademie stets mit derselben Fürsorge bedacht wie die andere Universitäten und wird das auch fernerhin thun.

Der Titel wird bewilligt.
Bei dem Lyceum Posianum in Braunsberg 20,208 Mark befragt Abg. Dr. Kolberg, daß die Professur der Philosophie mit einer vakanten Ausfertigung eintrifft und die Stelle des Dr. Michalis zu besetzen. Redner bittet dann um Verstärkung des Bibliothekens und fragt, wie es mit dem Gehalt betr. die Fürsorge für die Bibliothekenden von Professoren stehe.

Minister v. Götter wird die letzte Frage bei Gelegenheit des Kultussetats beantworten, da der Referent über dies Fach nicht anwesend sei. Was die übrigen Beschwerden betrifft, so habe der Referent in der Beziehung zur Schölerschaft schon bedeutende Aufwendungen gemacht. Denn es seien dort nur 13 Studierende der Theologie und Philosophie vorhanden, denen 5 Professoren der Theologie, 4 der Philosophie und 1 Privatdozent gegenüberstehen, so daß auf je zwei Studenten ein Professor kommt. (Geisterzeit.) Uebrigens werde die Regierung thun was sie könne.

Abg. Dr. Kolberg führt den geringen Besuch des Lyceums auf die Konkurrenz zurück.

Die Position wird bewilligt.
Titel 13 zur Verbesserung der Besoldungen der Dozenten 90,000 M. werden in der Diskussion verbunden.

Minister v. Götter beantwortet die Anfrage des Abg. Gornig, daß eine Anstellung des Abg. Gornig nach dem Bedürfnis festzustellen. Wenn es nöthig sei, werde eine Erhöhung des Fonds bewilligt.

Abg. Dr. Windthorst hält eine Erhöhung und volle Verwertung des Fonds für unerlässlich.

Die Positionen werden bewilligt. Es folgt Kap. 120: Bekämpfung der Lepra.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum, auf der Tribüne unvernehmlich) stellt eine Beschwerde über die jetzigen Zustände an den Gymnasien. Die Gymnasien seien so groß, daß an manchen Orten sogar gegründet seien, um diesem Uebelstande entgegenzutreten. Es bedürfe nicht, wenn die Eltern, also das Publikum selbst von der Verantwortung aufgefördert werden, darauf zu achten, daß ihre Kinder nicht in diese Art von Selbsthilfe könne doch nur sehr ungenügend sein. Da müßte vor Allem eine andere Gestaltung des Unterrichts vorgenommen werden, die für die einzelnen Arbeiten genau berechnet, von einem Lehrer auf den andern übertragen werden. (Die weiteren Ausführungen des Redners sind unvernehmlich, das selbst die Stenographen nichts zu hören vermögen.) Aus dem Hause erheben sich soviel Schlußrufe, daß der Redner mitten in der Rede abbricht.

Abg. Regierungsrath Bonitz bedauert, nicht antworten zu können, da er nicht möglich gewesen sei, etwas zu verstehen.

Abg. Wetzburg weist auf die Berechtigungsfrage der Oberrealschulen hin. Die Maturitätszeugnisse derselben sollen nach neueren Bestimmungen dieselbe Geltung wie die der Gymnasien haben, wenn dieselben eine Nachprüfung stattgefunden. Allein in Bezug auf die Zeugnisse der höheren Klassen gewähren die Gymnasien und die Oberrealschulen noch eine Ungleichheit. Eine Regelung der Angelegenheit sei für die Real- und Oberrealschulen eine Lebensfrage, würde andererseits auch der Ueberfüllung der Gymnasien abhelfen.

Minister v. Götter: Bei dem Berechtigungswesen bin ich von dem Gegenstande der andern Minister abhängig; dem Real- und Oberrealschulen steht offen das Supernumerariat, das Bergfach, Forstfach und dergleichen. Es war es noch nicht möglich, die Frage zu regeln, weil die Minister erst die Gutachten feststellen lassen müssen.

Abg. Dr. Peters (Zentrum) tritt für eine Erhöhung der Gehälter der Gymnasiallehrer ein. Das Durchschnittsgehalt betrage nur 3150 M., bleibe also um 900 M. hinter dem der Kreis- und Provinziallehrer zurück, während diese nicht einmal akademisch gebildet sein müßten. Im Uebrigen sei auch aus ethischen und didaktischen Momenten eine Erhöhung notwendig, damit den Nebenbeschäftigten, dem Privatstundengebern und dem Pensionswesen Einhalt gethan werde. Dringend notwendig sei auch die Regelung der Pensionenfrage, welche nach der Anciennität erfolgen müsse. Während alle anderen Beamten wüßten, wann sie zu einem höheren Gehalte kämen, hänge es für den Gymnasiallehrer davon ab, ob er in eine höhere Klasse seiner Anstalt eintrüben kann, ob die Verhältnisse an einer Anstalt flüchtig sind. So sind die Lehrer ganz dem Belieben des Provinzialschulcollegiums unterworfen. Daher kommt es, daß Lehrer in den untersten Stellen alt und grau werden. So hatte in Gleiwitz ein Lehrer bis vor zwei Monaten die dritte ordentliche Lehrerstelle mit einem Gehalte von 750 Thaler, nachdem er 19 Jahre im Dienste war. Redner führt eine Reihe weiterer Beispiele aus Leobischitz, Posen und Schrimm an. Auch in Bezug auf die Rangverhältnisse in der Gesellschaft sei den Lehrern die Rolle des Poeten in Schiller's Theilung der Welt zugefallen, weil die Lehrer kein kaiserliches Befehlspatent erhielten, weil auch keine genügenden Titel wie Rath etc. für die Lehrer vorhanden seien.

Minister v. Götter verspricht, der Gehaltsaufbesserung der Lehrer seine volle Theilnahme zuzuwenden. Was die Frage der Pensionen betrifft, so habe ich mich, wenn auch noch nicht definitiv, für eine einheitliche Regelung für die ganze Monarchie entschieden. Allein, es erheben sich doch manche Bedenken. Treten wir auf den Boden der Pensionen, so ist es ungeheuer schwer, in wenig begabten Anstalten die Lehrerstellen zu besetzen, namentlich in entlegeneren Gegenden, wo die Anstalt als das Centrum des geistigen Lebens von großer Wichtigkeit ist. Da hat man sich bisher durch Verweisungen eines Lehrers mit der Beförderung aus einer niederen in eine höhere Gehaltsklasse geholfen. Dies fällt fort, wenn die Lehrer einfach nach der Anciennität gehen. Dies schwere Bedenken, ebenso wie das Verhältniß zu den städtischen Anstalten haben mich veranlaßt, nochmals von den Provinzialbehörden Informationen einzufordern.

Abg. Dr. Duxen (freisinn.): Was die Frage der Schulüberbürdung betrifft, so stehe er ganz auf dem Standpunkt des Abg. Dr. Löwe und glaubt, daß die jungen Leute zu früh in das gesellschaftliche Leben eingeführt werden, so daß ihnen die Erledigung ihrer Arbeiten unmöglich werde. Ein weiterer Grund sei ferner, daß die Beaufsichtigung der Schüler bei den Arbeiten durch die Eltern nicht genüge, daß andererseits aber die Eltern nicht genug darauf sehen, daß ihre Söhne sich in freier Luft bewegen. Deshalb müßten Exkursionen, die sich an den Unterricht angeschlossen, unternommen werden, so historische, botanische, geologische, geographische etc. — Ebenso überbürdet, wie die Schüler, seien die Direktoren, weil sie noch selbst unterrichten, sich also nicht der Aufsicht der anderen Lehrer genügend widmen können. In Bezug auf die Pädagogik seien gerade die untersten Klassen die wichtigsten, und deshalb dürften die Direktoren nicht zeigen, daß sie sich nur um die oberen Klassen kümmern.

Die Diskussion wird geschlossen und Tit. 1 bewilligt. Bei Tit. 2 Zuschüsse für die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten bittet Abg. Rönke um Berücksichtigung des abschlägig beschiedenen Gesuches der Stadtverordneten-Versammlung von Charlottenburg, um Errichtung einer Realschule, da das dortige Gymnasium nicht ausreichte.

Abg. Kantak befragt es, daß der fakultative Aufsatz in polnischer Sprache bei dem Abiturientenexamen durch das neue Reglement in Mitleid gekommen sei und erhebt Beschwerde darüber, daß die deutschen Lehrer die polnischen Schüler „in nationaler Ueberhebung“ in ihrem polnischen Nationalitätsgefühl fränken. So habe im Mariengymnasium zu Posen ein deutscher Lehrer, als er auf der Wandtafel eine polnische und deutsche Anführung fand, die polnischen Worte ausgelöscht und erklärt, es sei eine Unverschämtheit, an einem deutschen Gymnasium die polnische Sprache anzunehmen; wenn sich die Polen den Deutschen entgegenstellen wollten, würden sie von der deutschen Nation zertreten werden. Was müssen die Schüler polnischer Nationalität bei solchen Worten empfinden?

Geb. Rath Stauder: An Stelle des polnischen Aufsatzes ist ein polnisches Exerzitium getreten, eine Zurücksetzung der polnischen Sprache liege also nicht vor. Der Vorgang in dem Mariengymnasium ist doch nicht ganz richtig dargestellt worden. Der Lehrer findet auf der Tafel in deutscher und polnischer Sprache eine Aufschrift, daß der Turnunterricht am Nachmittag ausfällt. Da die Anordnung getroffen war, daß Verfügungen des Direktors nur in deutscher Sprache geschrieben werden sollten, lösche er die polnischen Worte ab. Die Schüler zeigten sich dabei ganz ruhig, nur einer wünschte das Zimmer verlassen zu dürfen. Da sagte der Lehrer, er habe Niemanden verlesen wollen, als sich ein Schüler erhob und erklärte, es sei die ganze Klasse beleidigt worden. Das bezeichnete der Lehrer als eine Unverschämtheit, und das mit Recht. Daß hierin ein Vergehen des Lehrers liegen soll, finde ich nicht, ebensowenig haben es die Gerichte gefunden, da sie den Redakteur des „Kurier Posenanski“ für einen aufregenden Artikel über den Vorfall gebracht hatte zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt haben.

Abg. Kantak hält seine Behauptung in vollem Umfange aufrecht. Die Darstellung des Herrn Regierungskommissars sei nicht maßgebend, da sie auf dem Berichte der verlassenen Partei beruhe.

Darauf wird der Titel bewilligt. Bei Titel 4 „Zuschüsse für die von Andern zu unterhaltenden, aber vom Staate zu unterstützenden Anstalten“ findet

Abg. v. Gynern, daß die Unterstufungen sehr ungleichmäßig vertheilt sind. Es solle nach der Erklärung der Regierung der Zuschuß gegeben werden nach Lage der örtlichen Verhältnisse. In Wirklichkeit werde aber ganz prinziplos verfahren, indem namentlich Berlin und die Hauptstädte der Provinzen bevorzugt werden. Wenn diese Ungleichheit, die tief empfunden werde, gänzlich aufhören sollte, müßten alle Anstalten, 476 an der Zahl, vom Staate übernommen werden. Die Unterhaltungskosten würden für den Staat dann jährlich 25 1/2 Millionen Mark betragen. Damit würden einmal die Kommunen entlastet, andererseits auch die Schwierigkeiten beseitigt werden, die sich der Regelung des Lehrerpensionsgesetzes und der Pensionen entgegenstellen.

Ministerialdirektor Greiff erwidert, es sei von der Staatsregierung stets anerkannt worden, daß der jetzige Zustand kein idealer ist, aber eine Regelung im Sinne des Vorredners könne nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Abg. Dr. Langerhans erkennt gleichfalls an, daß hier eine große Ungerechtigkeit vorliegt, befreit aber, daß Berlin in irgend einer Weise bevorzugt werde. Berlin macht eine Menge Aufwendun-

gen nur weil es Residenzstadt sei, während die anderen Residenzstädte wie Paris und Wien, bedeutende Zuschüsse vom Staate erhalten.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn Berlin viel ausgiebt, so darf man auch nicht vergessen, daß Berlin, weil es Residenz ist, auch sehr viel einnimmt. Dem Abg. v. Gynern gebe ich zu, daß die Vertheilung der Staatszuschüsse nicht immer ganz gerecht ist. Aber dagegen, daß man alle Gymnasien zu Staatsanstalten machen will, werde ich mit allen Kräften anfechten. Wir dürfen dies kostbare Recht, daß die Städte eigene Gymnasien haben, nicht aufgeben. Nur keine neue Uniform, wir haben davon schon genug.

Abg. v. Gynern: Die Kommunen haben an den Gymnasien fast nichts zu thun, als das Geld für die Einrichtung zu bewilligen, die der Staat trifft; die Entscheidung über die Unterrichtsanlagenheiten hat der Schulrath. Die Stadt hat also wenig zu sagen. Das Recht ist nur „förmlich“ für die Stadt, weil es sie viel kostet.

Abg. Dr. Bruel glaubt, daß man in Hannover oft ohne Recht und Grund die Grundzüge, die für die alten Provinzen in Betreff der staatlichen Aufsicht über die höheren Anstalten in Geltung seien, eingeführt habe. Den Kommunen müsse das Recht gewahrt bleiben, eigene höhere Anstalten zu errichten, wodurch sich die Kommunen zugleich das Recht sichern, das Lehrpersonal an den einzelnen Anstalten nach freien Entschlüssen zu wählen.

Abg. v. Ziemer erblickt in den Staatszuschüssen ein Mittel, gewisse Leistungen der Kommunen, z. B. Wohnungszuschüsse zu erlangen.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Tit.: Dispositionsfonds zur Deckung der durch die Einführung der revidierten Lehrpläne an höheren Unterrichtsanstalten entstehenden Mehrbedürfnisse 28,250 M. führt Abg. v. Seereman Klage darüber, daß in der Quinta nur zwei Stunden Religionsunterricht wöchentlich erteilt werden, während früher drei Stunden dafür angelegt waren.

Abg. Kropatschek hält ebenfalls zwei Stunden Religionsunterricht in der Quinta für unzureichend. Dort solle besonders biblische Geschichte eingeprägt werden, und das sei in dieser kurzen Zeit kaum möglich.

Geb. Rath Bonitz erklärt, daß der Regierung die Absicht fern liege, den Religionsunterricht an den höheren Anstalten besonders einzuschränken; sie halte indeß zwei Stunden für Quinta für ausreichend.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Tit.: Zuschüsse zur Unterhaltung höherer Mädchenschulen 100,000 M., klagt Abg. Reichenberger (Kreisleb) über ungenügende Berücksichtigung des Religionsunterrichts, besonders des katholischen, in den westlichen Provinzen. Wenn es in dieser Beziehung nicht besser werde, würden die Eltern immer mehr veranlaßt werden, ihre Kinder ausländischen Erziehungsanstalten zu überweisen.

Geb. Rath Schneider glaubt, daß in Bezug auf die Werthschätzung des Religionsunterrichts die Regierung mit dem Redner durchaus derselben Ansicht sei.

Hierauf wird der Titel bewilligt.

Abg. Dr. Löwe (Bochum) begründet sodann den folgenden von ihm gestellten Antrag:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrath bei der Feststellung der Prüfungsordnung für Mediziner dahin zu wirken, daß die Frage der Zulassung der Abiturienten der Realgymnasien zum Studium der Medizin bis zur vollständigen Durchführung der Unterrichts- und Prüfungsordnung für die Realgymnasien offen gehalten werde.“

Die Konkurrenz zwischen Realgymnasien und Gymnasien, die dazu geführt habe, mehr Gewicht auf die munda, als auf das munda zu legen, könne nur durch Verleihung von Berechtigungen an die ersteren aufgehoben werden, zumal zwischen beiden kein prinzipieller Unterschied statfinde. Er hoffe, daß seine Resolution auf keinen Widerspruch stoßen werde.

Kultusminister v. Götter erklärt, daß die Staatsregierung noch nicht in der Lage gewesen, sich über die Frage schlüssig zu machen. Im Uebrigen verweise der Minister auf die Urtheile der Aeztevereine, die wünschen, daß sie auch weiter zu den oberen Fakultäten gehören und ihre Berufsgenossen den gleichen Bildungsgang wie bisher absolviren.

Abg. Reichenberger (Kreisleb) glaubt, die Realschüler nicht früher zu dem medizinischen Studium zulassen zu dürfen, bevor sie nicht wenigstens ein gutes ciceronianisches Latein schreiben gelernt. Vom Griechischen hingegen würde er gerne bei der Zuerkennung weiterer Berechtigungen absehen.

Abg. Schmidt (Sagan) hält es nur für einen Akt der Gerechtigkeit, den Realschulen, nachdem sie als coordinirte Anstalten mit den Gymnasien anerkannt sind, die bisher noch verschlossenen Fakultätsstudien zu eröffnen. Verlangt man diese Erweiterung der Rechte den Realschulabiturienten, so läßt man die Entwicklung der Realschulen; für manche sei es geradezu eine Lebensfrage, ob sie mit weiteren Berechtigungen ausgestattet werden oder nicht. Da die Vorbildung der Gymnasien für das Studium der Medizin eine unzulängliche sei und eine Einheitschule für uns nicht erziehbarm ist, so bleibe nichts übrig, als die Realgymnasien so zu organisiren, daß die Abiturienten beider Anstalten eine gleichwerthige Ausbildung aufzuweisen haben. Im Allgemeinen könne man behaupten, daß die Naturwissenschaften und die Mathematik in gleicher Weise die geistigen Fähigkeiten schärfen, wie der Unterricht in den alten Sprachen, und die Erweiterung idealen Strebens sei weniger abhängig von dem Lehrgegenstand, als von der Anregung der Lehrer.

Abg. Windthorst erklärt, gegen den Antrag Löwe stimmen zu wollen, da derselbe der Frage präjudizire. Er würde niemals für die Forderung eintreten, den Realschulabiturienten das Recht zum Studium zu gewähren; ebenso könnte man für sie die Zulassung zum juristischen und theologischen Studium verlangen, da auch dafür die Vortheile der naturwissenschaftlichen Erziehung geltend gemacht werden können. Man sei jetzt in der Geringschätzung der klassischen Bildung schon so weit gekommen, daß kürzlich der Geheimrath Boett die formale Bedeutung der klassischen Sprachen leugnete; er selbst habe wiederholt die entgegengelegte Wahrnehmung gemacht.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Löwe von dem Antragsteller mit Rücksicht auf die entgegenkommende Erklärung des Ministers zurückgezogen.

Abg. Windthorst konstatirt, daß er eine solche nicht vorgenommen habe.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 27. Februar. [Herr v. Gösler. Die Reform der Zuckersteuer.] In einem früheren Stadium der Verhandlung mit der Kurie haben wir darauf aufmerksam gemacht, wie sehr dabei der Ressortminister, Herr v. Gösler eigentlich außerhalb aller Erörterungen blieb, als ob man allerseits einig darüber gewesen wäre, daß er an der Behandlung der Kirchenpolitik keinen Antheil von Belang habe. In der jetzt stattfindenden Berathung des Kultus- und Unterrichts Etats muß der Minister naturgemäß persönlich aus der Rückhaltung hervortreten, welche für Herrn v. Gösler charakteristisch ist; aber auch dabei gewinnt seine politische Physiognomie keine ausgeprägten Züge, bleibt sie vielmehr fast ganz so unbestimmt als in den vielen Monaten, in denen man, wie wir neulich bemerkten, sich manchmal fast mit Mühe darauf besinnen mußte, wer zur Zeit in Preußen Kultusminister ist. So prägnante Persönlichkeiten — natürlich politisch, nicht physisch betrachtet — die Raumer, Mühlher, Falk waren, so nichtsagend ist der Eindruck, den Herr v. Gösler macht, auch jetzt, da er täglich, umgeben von zwanzig Vortragenden Räten, am Ministertisch sich befindet und auch häufig das Wort nimmt. In den principiellen Debatten, welche bisher in dieser Staatsverhandlung stattgefunden, hat er kaum einmal auf irgend einer Seite lebhafteste Zustimmung oder lebhaften Widerspruch hervorgerufen; die Liberalen konnten mit seinen kirchenpolitischen Aeußerungen und damit, daß er Herrn Stöcker in der Frage der akademischen Lehrfreiheit keine Konzeßion machte, wohl zufrieden sein; aber die Empfindung, es mit keinem selbständigen politischen Charakter zu thun zu haben, auf den man in derartigen Dingen zählen könnte, hält jede lebhafteste Zustimmung zurück; und wie ungehalten das Centrum über die Reben des Ministers auch war und ist, — öffentlich und privatim erklären die Klerikalen, es sei Fürst Bismarck, den sie dafür verantwortlich machten. Ob dies für Herrn v. Gösler angenehm und schmeichelhaft ist, kann dahingestellt bleiben; Thatsache ist, daß die Ausdruckslosigkeit der politischen Physiognomie des Kultusministers ein Element der Unsicherheit mehr in der ohnehin unsicheren inneren politischen Lage ist. Man kann sich auch nicht der unter anderen Verhältnissen vielleicht nabeliegenden Ansicht hingeben, daß es diplomatische oder auf persönlichen Gründen beruhende Berechnung sei, was die Zurückhaltung des Herrn v. Gösler veranlaßt; es hat sich s. B. schon bei den kirchenpolitischen Detailverhandlungen in der Kommission für das Vollmachtsgesetz vom 31. Mai v. J. eine Unsicherheit des Ministers befundet, welche nur mit Unselbständigkeit zu erklären war, da es ihm an Befähigung durchaus nicht mangelt. Und diesen Eindruck bestätigt auch die jetzige Staatsdebatte. — Es ist Angesichts der Zaghaftigkeit, mit welcher die Reichsregierung in der Frage der Reform der Zuckersteuer vorgeht, bemerkenswerth, daß die Neubegründung von Zuckerfabriken, theils durch einzelne Unternehmer, theils durch Aktiengesellschaften unausgesetzt fortgeht. Zum Theil liegt dabei die, in gewissen Grenzen berechnete Ansicht zu Grunde, daß bei der Steigerungsfähigkeit des Zuckerkonsums der Welt und bei der Leistungsfähigkeit Deutschlands in der Zuckerproduktion dieser auch nach der Beseitigung des illegalen Vortheils, welchen die Steuerverhältnisse jetzt gewähren, günstige Ausichten habe; und so weit wird die Gefahr eines „Zuckerkrachs“ in Folge von Ueberproduktion vielleicht nicht wesentlich durch die Neugründungen vergrößert; es ist aber eine Thatsache, daß bei vielen derselben direct auf die Konservirung der jetzigen Steuerhältnisse, wenigstens in der Hauptsache, gerechnet wird, und diesen gefährlichen Illusionen sollte die Regierung entschiedener entgegentreten.

— Nach einer römischen Mittheilung des „Samb. Korresp.“ herrscht in Folge des Eingangs des kaiserlichen Antwortschreibens auf den Brief des Papstes vom 30. Januar, welches Prinz Radziwill (?) überbracht habe, im Vatikan „eine wahre Friedhofsstimmung“. Die preussische Regierung verlange wesentlich andere Friedensbedingungen, als der Papst dem Kaiser zugemuthet habe. Insbesondere sollen die Gerüchte von Ministerveränderungen, welche mit dem Namen des Herrn v. Bennigsen in Verbindung gebracht worden seien, große Besorgnisse hervorgerufen haben. Unter diesen Umständen sei ein positives Zurückweichen der Unversöhnlichen nicht unwahrscheinlich. Man erinnert sich indessen, daß der Korrespondent eine solche Wendung schon gelegentlich des Briefes des Papstes vom 30. Januar in Aussicht gestellt hatte. Sollte man im Vatikan über die angebliche Ministerkrise wirklich so schlecht unterrichtet sein?

— Der „Observatore Romano“ enthält (laut einem Telegramm des „B. L.“) eine Erklärung zu dem offiziellen Artikel betreffs des württembergischen Systems. Darin wird festgestellt: Preußen habe dem Papste niemals die Einführung von Kirchenangelegen nach württembergischem Muster vorgeschlagen, und die „Nordd. Allg. Ztg.“ sei daher schlecht unterrichtet gewesen, als sie böswilliger Weise berichtet, der Papst habe einen derartigen preussischen Antrag zurückgewiesen.

— Der Prinz von Wales machte gestern dem Reichs-
kanzler Fürsten Bismarck, den Völkern, sämtlichen Mi-
nistern, dem General-Feldmarschall Grafen Moltke und einigen
anderen Personen von Distinktion seinen Besuch. Heute Nach-
mittag begrüßte er den Erzherzog Rudolf und das sächsische
Königspaar. — Der Herzog von Genua machte im Laufe
des gestrigen Tages außer den Mitgliedern der königl. Familie
ebenfalls dem Fürsten Bismarck, dem Grafen Moltke seine Be-
suche. Heute Nachmittag fuhr derselbe zum Besuch des Mausoleums nach Charlottenburg. — Der Prinz Christian zu
Schleswig-Holstein ist gestern Abend 9 1/2 Uhr hier ein-
getroffen und hat im Kronprinzipal Palais Wohnung genommen.
— Der Prinz und die Prinzessin Philipp von

Sachsen-Coburg-Gotha trafen heute früh 8 1/2 Uhr mit der Anhalter Bahn in Berlin ein und wurden vom Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm auf dem Bahnhofe empfangen und ins königliche Schloß geleitet.

— Staatsminister Dr. Delbrück, der immer noch leidend ist, wird sich in den nächsten Tagen in Begleitung seiner Gattin nach Montreux begeben.

— Die Witwe des Kaisers Alexander II. von Rußland, ehemalige Fürstin Dolgorucki, weilt seit Montag Abend in strengstem Inognito in Berlin und hat im Zentral-Hotel Wohnung genommen. Noch am Montag Nachmittag war von der Ankunft der Fürstin hier Nichts bekannt. Depeſchen aus Paris beſtellten fünf Salons und ebenſo viele Schlafzimmer für einen hohen Diplomaten. Unmittelbar darauf trafen aus Petersburg Depeſchen für die Kaiſerin von Rußland im Zentral-Hotel ein, ſo daß die Direktion in der Lage war, die Wahrheit zu kombiniren.

S. Die Cour bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin am 27. Februar.

Die Gratulationscour, welche bereits für den 24. vorigen Monats anlässlich der silbernen Hochzeit des Kronprinzenpaares beabsichtigt war, hat nun am Abend des heutigen Tages, der für die kronprinzliche Familie schon an und für sich als der Hochzeitstag ihres ältesten Sohnes, des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein, ein festlicher Familientag ist, in den glanzvollen Räumen des königlichen Schlosses stattgefunden. Nachdem der Kronprinz und die Kronprinzessin einem von dem um 3 Uhr hier eingetroffenen sächsischen Königs-paare für alle Mitglieder der königlichen Familie und die zur Zeit hier weilenden fremden Fürslichkeiten veranstalteten Diner beigewohnt hatten, begaben sie sich bereits um 6 1/2 Uhr in die Paradeskammern des königlichen Schlosses, zum Empfange von 22 Deputationen, die sich dort versammelt hatten und als Ueberbringer der Glückwünsche preussischer Provinzen und Städte erschienen. Es waren dies die Deputationen des Preussischen Provinzial-Landtages, des Provinzial-Ausschusses der Provinzen Westpreußen und Brandenburg, des Kommunal-Landtages der Rurmark; durch vier Personen waren die Regierungsbehörden der Provinz Pommern vertreten, die Landstände der Ober-Lausitz hatten zwei Repräsentanten entsendet. Die Provinz Schlesien war durch eine Deputation des Provinzial-Ausschusses, Sachsen durch eine solche des Provinzial-Landtages und -Ausschusses vertreten. Weitere Deputationen waren die der Schleswig-Holsteinischen Provinzial-Vertretung, der Prälaten und Ritterschaft derselben Provinz, ferner des Provinzial-Ausschusses und Kommunal-Landtages von Hannover, des Ständischen Verwaltungsausschusses von Westfalen, des Kommunalständischen Verwaltungsausschusses des Reg.-Bez. Wiesbaden, der Stände der Rheinprovinz, der Universität Königsberg, jener von Bonn, der Ältesten der Kaufmannschaft und des Deutschen Kriegerbundes von Berlin. Ober-Landformmeister Ulrici war zur Ueberreichung der Stiftung eines forstlichen Waisenhauses erschienen; vom Verein für Deutsches Kunstgewerbe in Berlin waren vier Mitglieder, vom Domkirchen-Kollegium und der Domgemeinde Berlin drei Herren als Deputirte anwesend, der Westfälische Bauernverein endlich war durch seinen Vorsitzenden Freiherrn von Schorlemer-Alst vertreten. Diesen Zivildeputationen hatten sich noch 7 militärische angeschlossen und zwar von den Offizierkorps jener Regimenter deren Chef der Kronprinz ist, oder in welchen er à la suite geführt wird. Die betreffenden Regimentskommandeure waren die jeweiligen Führer der Deputationen. Es waren solche vom Grenadier-Regt. Kronprinz (1. Ostpreuß.) Nr. 1, 2. Schlesischen Grenadier-Regt. Nr. 11, 5. Westfälischen Inf.-Regt. Nr. 53, des 2. Schles. Dragoner-Regts. Nr. 8, des Kürassier-Regiments Königin (Pommersches) Nr. 2, des 2. Leib-Husaren-Regiments Nr. 2, dessen zweiter Chef die Frau Kronprinzessin ist, und des kgl. Sächs. 2. Cul.-Regts. Nachdem sämtliche Anwesende dem Kronprinzen und seiner Gemahlin vorgestellt waren, hielt Ersterer eine Ansprache, in welcher er den Gefühlen herzlichsten Dankes für die ihm und der Kronprinzessin dargebrachten Glückwünsche Ausdruck gab. Mit huldvollen Worten wurde darauf die Deputation entlassen. Mittlerweile war es 7 1/2 Uhr geworden, die zum Beginn der Cour festgesetzte Stunde. Mit der an unserem Hofe ziemlich innegehaltenen Pünktlichkeit traten denn auch die kronprinzlichen Herrschaften nunmehr in das sogenannte Rother Zimmer der Königin Elisabeth-Wohnung ein, um bei dem hier versammelten Corps diplomatique eine Sprechcour abzuhalten, die ungefähr eine Viertelstunde währte; dann begaben sich die höchsten Herrschaften in das nebengelegene Sammtzimmer, wo sie auf dem Throne stehend Platz nahmen. Rechts und links hatten sich die Hofstaaten gruppiert, an den Stufen des Thrones dahingegen die Kinder und Schwiegerkinder Aufstellung genommen. Der Kronprinz in der großen gestickten Generalsuniform mit weißen Pantalons, über der sternbesetzten Brust das orangefarbene Band des Schwarzen Adlerordens, den Helm mit wallendem Federbusch in der Hand haltend, bot ein Bild vollendeter Mannes-schönheit. Heitere Zufriedenheit leuchtete aus den Zügen der Kronprinzessin, die von den schweren Falten einer köstlichen Atlasrobe wie von einer Silberwelle umrieselt erschien. Von Drap d'argent war das mit silberdurchwogenen Spitzen garnirte Tablier des milchweißen Unterkleides, Corsette und Schleppe aus Silberbrokat, letztere mit Schwanenpelz umsäumt und mit großen Fußs von weißen Federn, deren Ausläufer silbern angehaucht erschienen, geschmückt. Brillanten funkelten im Diadem und im reichen Halsknecht. Von matt-blauem Atlas, am Rande der Schleppe mit Silberstickerei verziert, war die Toilette der jungen Prinzessin Viktoria, die Prinzessin Wilhelm war gleich der Erbprinzessin von Sachsen-Meinungen in Weiß erschienen. Beide trugen Blumenknecht und Brillanten im Haar.

Permiffes.

* **Gutes Punsch-Rezept.** „Daily Telegraph“ veröffentlicht die
Anleitung eines irischen Gattlichen, wie man guten Punsch bereiten
kann: „Man nimmt eine gewisse Menge Zucker, etwas Zitronensaft,
gibt eine Flasche Rum darauf. Jeder Tropfen heißen Wassers
dazu kommt, verdunst das Getränk.“

* **Ein Schenkel.** Im Gefängnisse von Genua starb in vergangenen Woche der Bandit La Gala, welcher zur Zeit der Bourbonen herrschaft der gefährlichste Räuberhauptmann Italiens gewesen. Gerichtlich nachgewiesen haben nicht weniger als 11 Personen, daß La Galas eigene Hand ihren Tod gefunden und zwar Alle auf die grausamste Weise, indem der Bandit seinen Opfern bei lebendem Leibe Stücke Fleisch aus ihrem Körper schnitt. Italienische Blätter erzählen sogar, daß La Gala seinerzeit sogar Menschenfleisch gebraten und verzehrt haben soll. Im Jahre 1874 wurde er gefangen und zum Tode verurtheilt. Es gelang mehreren andern Banditen jedoch aus dem Gefängnisse zu entfliehen, mochten sein blutiges Handwerk wieder fortkiege. Von den italienischen Zeitungen in die Enge getrieben, flüchtete er 1874 auf ein französisches Gebiet, wurde jedoch erkannt und von Frankreich an Italien ausgeliefert. La Gala war der frömmste Inbasse des Gefängnisses in Genua. Mal am Tage verrichtete er seine Andacht und monatlich zweimal er zur Beichte. Auch betete er täglich für die Wiederherstellung Bourbonenherrschaft. Am Halse trug er stets ein Madonnenbild, das Portrait Franz II.

* Ein merkwürdiges Fest, das nur alle zehn Jahre
feierten Anfangs Januar die Siamesen; es war das
Fest „Doi Kraton“. Zweo dieses Festes ist, vom Gotte
Menam, welcher Fluß für die Siamesen dieselbe Wichtigkeit hat
der Nil für die Egypter, Verzeihung zu erlangen für die auf dem
und an dessen Ufern begangenen Sünden und ihn dann zu bitten,
Land noch ferner gemogen zu bleiben. König Chom-Luang,
eben mit seinem Sekretär, Herrn Bayer, auf einer Reise besan-
eigens zu dem Feste nach Bangkol zurück, da er bei demselben
Oberpriester zu fungiren hatte. Drei Tage vor dem Feste zog
König in seine inneren Gemächer zurück, um sich hier frommen Ge-
trachtungen hinzugeben und zugleich auch die Gebete, die er an
Festtage zu verrichten hatte, auswendig zu lernen. Unterdessen
an dem Ufer des Menam ein Scheiterhaufen aus trocknen Stän-
und von beträchtlicher Höhe errichtet. Am Festtage begab sich
König mit seinen Würdenträgern und zahlreichen Priestern zum
terhaufen, besprenkte denselben mit Fuchwasser und setzte
Brand. In die lodenden Flammen warfen dann die Priester
chen, auf denen verschiedene Gebete, an den Fluggott gerichtet, ge-
ben waren. Ein Priester reichte hierauf dem Könige einen mit
wasser gefüllten goldenen Becher, den dieser sogleich bis auf den
leerte.

Produkten - Börse.

Berlin, 27. Februar. Wind: NW. Wetter: Bewölk.

Der Verlauf des heutigen Marktes entsprach den an die flauen auswärtigen Berichte geknüpften Erwartungen in keiner Weise; denn auch deren Einfluß vorübergehend sich bemerkbar machte, so war doch die Stimmung im Allgemeinen nichts weniger als flau.

Soß-Weizen kaum behauptet. Termine setzten in Folge der matten New Yorker und Londoner Depeſchen matt ein und wurden auch etwas billiger verkauft, befestigten ſich hiernach aber wieder unter Ankäufen der Walspekulation, so daß die Schlagnotirungen von den gekriegen fast gar nicht differirten.

Von Sofo- und Voggen verlaufen sich Mittel- und geringere Qualitäten recht schwerfällig. Der Terminhandel verlief sehr still. Vom Effetengeschäft ausgehend, zeigte sich etwas mehr Verkaufslust, welche nachtheilig auf den Werth aller Sichten wirkte. Schließlich brachte die Befestigung des Weizenmarktes auch hier eine solche, allerdings auch nur in bescheidenem Maße, zu Wege.

Safer in loco und auf Termine matt. Rogen meh! unverändert. Mais in effektiver Waare fest. Termine behauptet. Rüböl still und matt. Petroleum preisbaltend.

Spiritus eröffnete in Uebereinstimmung mit Getreide matt und wurde in den meisten Sorten etwas billiger verkauft. Im weiteren Verlaufe jedoch stellte sich ein entschiedenes Uebergewicht der Nachfrage heraus, wodurch der Markt ausgesprochen feste Tendenz erlangte und etwas höher als gestern schloß.

(Amtlich.) Weizen per 100 Kilogramm loco 120,— 202 Mark nach Qualität, feiner polnischer 190 bez., feiner märkischer (etwas klainn) 175 bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 184,5—185,75—185,5 bez., per Mai-Juni 186,75—187,25 bez., per Juni-Juli 190 bez., per

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 27. Februar. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit meist wenig veränderten Kursen auf speculativem Gebiet. Das Geschäft lag Anfangs sehr ruhig und weiterhin gaben die Kurse bei überwiegendem Angebot etwas nach. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notirungen lauteten wieder günstiger und um die Mitte der Börsenzeit trat denn auch hier auf fast allen Verkehrsgebieten eine weitere Befestigung der Tendenz und regerer Geschäftsgang ein.

Juli-August 192 bez., per August-September — bez., per Sept.-Oktober
 — bez. — Gefinbigt — 3tr. Kündigungspreis — R. per 1000
 Kilogramm.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 115—138 nach Qualität, inländischer Hammer 118—122, guter 128—131, feiner 134—136, equi-
liter — ab Bahn bez., per diesen Monat 136,75 bez., per Februar-März
— bez., per April-Mai 138,5—138—138,25 bez., per Mai-Juni 139,9
bis 139,25—139,5 bezahlt, per Juni-Juli 141,75—141,25—141,75 bez.,
per Juli-August — bezahlt. Gefündigt 1000 Ztr. Kündigungspreis
— Mark per 1000 Kilogr.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 100—200 M.
nach Qualität.

Safer per 1000 Kilogramm loco 115—150 nach Qualität, per diesen Monat —, preussischer guter 128—130, do. mittel 124—126, do. ord. —, do. mit Geruch 118, pomm. guter 125—128, do. mittel 120—124 bez., per April-Mai 122 bez., per Mai-Juni 123 bez., per Juni-Juli 124,5 bez. Gefündigt — Zentner. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Erbsen Kochwaare 150—220, Futterwaare 135—145 per 1000
Kilogramm nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert
inkl. Sach per diesen Monat und Februar-März 19,75—19,80 bezahlt,
per April-Mai 20—20,05 bezahlt, per Mai-Juni 20,05 bez., per Juni-
Juli 20,20—20,25 bez. Gefündiat 1000 Zentner.

Reizgenmehl Nr. 0 26,50—24,50, Nr. 0 24,25—22,25, Nr. 0 u. 1 21,50—20,50, — Roggenmehl Nr. 0 21,25—20,25, Nr. 0 u. 1 19,75—18,50. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Rübsöl per 100 Kilogramm loco mit Faß —, ohne Faß — bez., per diesen Monat und per Februar-März — bezahlt, per April-Mai 80,3 bez., per Mai-Juni 77,7—77,5 bezahlt, per Juli-August —

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich meist gut behaupten bei ruhigem Verkehr.

Die Raffawerthe der übrigen Geschäftszweige wiesen ziemlich reges Geschäft bei meist fester Haltung auf.

Der Privatdiskont wurde mit 2½ pCt. für feinste Briefe notirt.
Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien
ziemlich lebhaft in fester Haltung um; Franzosen und Lombarden
waren fester, aber ruhig.

Von den fremden Fonds sind Russische Anleihen und Ungarische Rente als abgeschwächt zu nennen.

Markt bezahlt, per September - Oktober 62,2 Markt bez. Gefündig
Zentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter
 lolo ohne Faß 53,4 M. bezahlt, lolo mit Faß — bezahlt, per
 Monat 53,6—53,9 bezahlt, per Februar = März 53,6—53,9 bezahlt,
 März = April 53,6—53,9 bezahlt, per April = Mai 54,4—54,2—54,6
 bezahlt, per Mai-Juni 54,6—54,9 bezahlt, per Juni-Juli 55,6
 55,9 bez., per Juli-August 56,4—56,2—56,6 bezahlt, per
 September 56,6—57—56,9 bez., per Sept.-Oktober 55,2—55,5
 Gefündigt 20,000 Liter.

Breslau, 27. Februar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Report.)
 Weizen, rothe, fest, alte, ordinär 25 — 30, —

31 — 40, fein 41 — 48, hochfein 49 — 52, neue ordinär
mittel 50—56, fein 57—68, hochfein 75—88 M. — Kleefaat, mittl.
matt, ordinär 40—50, mittel 52—62, fein 65—80, hochfein 82—88
— Roggen (per 2000 Pfund) feiner. Gekünd. — Et. Roggen
Kündigungs- Scheine —, per Februar 127 Br. — per Februar
127 Br., per März-April —, per April-Mai 131,00 Gd. u. Br.

— Centner, per Februar 184 Br. — Hafer. Gefünd. — Centner

Febr. 110 Br., per April-Mai 113.00 Br., per Mai-Juni 117 Br. —
 Gef. — Gr., per Februar 335 Sh. — Rüböl umwand. (Gef.
 78.00 Br., per Februar 76.00 Br., per Februar-März 76.00 Br.
 März-April 76.00 Br., per April-Mai 77.00 Br., per September.

61,50 Brief. — Spiritus höher. Gelünd. 10.000 Liter per Felle
51—51,70 bez. u. Br., per Febr.-März 51—51,70 bez. u. Br., per März-April
—, per April-Mai 52,70—53 bez. u. Br., per Mai-Juni 53,20 (Dd.)

Juni-Juli 54,00 Gd., per Juli-August 54,30 Gd., per August-Sept.
 bez., per September = October 54 Gd., per October = November 53,00 Gd.
 Zinf: Ohne Umfak. Die Börsen-Commission.

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester
 tung mäßig lebhaft; von inländischen Eisenbahnprioritäten
 4proz. bevorzugt. Norddeutsche Lloyd-Prioritäten 96,10 bez. u. 96,10

Banfactien waren meist wenig verändert und mäßig
Diskonto-Kommandit-Antheile erscheinen etwas besser; Deutsche

Industriepapiere fest und ziemlich lebhaft; Montanwerthe fest und ruhig; Sächsisch-Preussische Eisenbahn ziemlich fest und ruhig; Berlin-Potsdamer Eisenbahn höher, Oberschlesische etwas besser. Ostpreussische Südbahn

Marienburg-Mlawka schwächer; Lübeck-Eutin 34,50 bez. u. Gd.

Umrechnungs-Tafel: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden öherr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.
1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Viere Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Sturie.			Ausländische Fonds.			Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.			Berlin-Dresd. St. A.			Denk. Lit. B. (Elbeth.)			Nordb. Bank		
Amsterd. 100 fl. 8 L.	169,45	b ₃	Newport. St. A. 1864	6		Aachen-Masftrich	1	53,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,90	Denk. Lit. B. (Elbeth.)	5	87,30	Nordb. Bank	10	159,00
Brüss. u. Antwerpen	100 fr. 8 L.	4	do. do.	7	120,10	Altona-Kieler	10	221,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Naab-Gray (Frankl.)	4	84,10	Nordb. Grundf.	0	48,50
London 100 fr. 8 L.	20,44	b ₃	Frankl. do. 1864	7	120,10	Berlin-Dresd. St. A.	17	341,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Reichs-B. (S. A. B.)	5	84,10	Deft. Arb. A. p. St.	10	547,00
Paris 100 fr. 8 L.	81,10	b ₃	Italienische Rente	5	89,40	Berlin-Dresd. St. A.	4	106,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Schweiz. Str. N. D. B.	4	100,80	Idenb. Spar-B.	15	153,00
Wien 50 fl. 8 L.	170,60	b ₃	do. Tabak-Obl.	6	82,90	Berlin-Dresd. St. A.	4	106,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Södt. Bahn 1000	3	100,75	Petersb. Dis-B.	14	112,00
Petersb. 100 R. 3 L.	203,40	b ₃	Deft. Gold-Rente	4	66,90	Berlin-Dresd. St. A.	2	58,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	(Lomb.)	3	286,10	Petersb. St. B.	12	24,30
Varich. 100 R. 8 L.	203,90	b ₃	do. Papier-Rente	4	79,20	Berlin-Dresd. St. A.	2	27,40	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	do. do. neue	3	286,00	Romm. Hyp.-Bf.	0	47,50
			do. do.	5	79,20	Berlin-Dresd. St. A.	3	99,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	do. Obligat. gar.	5	101,75	Pofener Prov.	7	119,75
			do. Silber-Rente	4	66,90	Berlin-Dresd. St. A.	3	116,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Thetzbahn	5	84,30	Rof. Randm. B.	5	78,50
			do. 250 fl. 1854	4	325,50	Berlin-Dresd. St. A.	3	181,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Ung. Verb.-B. g.	5	78,00	Rof. Sprit-Bank	5	78,00
			do. Kredit. 1858	5	121,50	Berlin-Dresd. St. A.	3	8,30	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Ung. Nordostb. gar.	5	77,70	Preuss. Bodm.-B.	6	109,25
			do. Lott. 1858	5	324,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	28,10	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	do. Ostb. I. Em. gar.	5	77,40	Br. Entr. Bd. 408	8	128,25
			do. do. 1864	6	88,40	Berlin-Dresd. St. A.	3	249,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	do. do. II. Em. gar.	5	94,25	Pr. Hyp.-Akt. B.	4	84,75
			do. do. 1864	6	90,20	Berlin-Dresd. St. A.	3	184,75	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	do. do. III. Em. gar.	5	85,00	Pr. H. A. G. 258	3	87,50
			Poln. Pfandbriefe	5	63,70	Berlin-Dresd. St. A.	3	30,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70	Borarlberger gar.	5		Pr. Imm.-B. 608	8	110,75
			do. Liquidat.	4	55,50	Berlin-Dresd. St. A.	3	107,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Reichsbank	6	148,00	
			Rum. mittel u. kl.	6	110,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	28,70	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Rostocker Bank	5	97,75	
			do. St. Obligat.	6	103,40	Berlin-Dresd. St. A.	3	177,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Sächische Bank	5	121,50	
			do. Staats-Obl.	6	85,25	Berlin-Dresd. St. A.	3	103,40	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Schaffh. B. Ber.	3	90,70	
			Russ. Engl. Anl. 1822	5	86,60	Berlin-Dresd. St. A.	3	27,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Schlef. Bank-B.	6	109,30	
			do. do. 1862	5	88,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	40,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Südb. Bod.-Kred.	7	127,50	
			do. do. kleine	5	88,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	27,60	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			S. B. Bod. 408	8		
			do. konj. Anl. 1871	5	88,20	Berlin-Dresd. St. A.	3	19,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Barich. Rom.-B.	8	76,50	
			do. do. kleine	5	87,90	Berlin-Dresd. St. A.	3	96,90	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Beimar. H. f. f. f.	9	90,50	
			do. do. 1872	5	88,10	Berlin-Dresd. St. A.	3	34,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70			Württ. Vereinsb.	9	132,00	
			do. do. 1873	5	92,10	Berlin-Dresd. St. A.	3	145,75	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Anleihe 1877	5	73,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	249,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. do. 1880	4	57,75	Berlin-Dresd. St. A.	3	53,30	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Orient-Anl. I.	5	58,20	Berlin-Dresd. St. A.	3	128,75	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. do. II	5	58,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	136,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. do. III	5	84,75	Berlin-Dresd. St. A.	3	92,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Poln. Schatzobl.	4	141,00	Berlin-Dresd. St. A.	3	82,80	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Pr.-Anl. 1864	5	137,25	Berlin-Dresd. St. A.	3	132,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. do. 1866	5	83,30	Berlin-Dresd. St. A.	3	111,80	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Boden-Kredit	5	71,60	Berlin-Dresd. St. A.	3	62,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Str.-B.-Kr.-Bf.	4	103,40	Berlin-Dresd. St. A.	3	70,60	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			Schwed. St.-Anl.	4	12,80	Berlin-Dresd. St. A.	3	13,75	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			Dän. Anl. 1865	fr.	45,70	Berlin-Dresd. St. A.	3	583,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Lucie vollg.	fr.	102,40	Berlin-Dresd. St. A.	3	358,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			Ung. Goldrente	6	76,10	Berlin-Dresd. St. A.	3	410,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. do.	6	93,40	Berlin-Dresd. St. A.	3	64,40	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Gold-Anw.-Anl.	5	74,60	Berlin-Dresd. St. A.	3	135,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Papierrente	5	227,80	Berlin-Dresd. St. A.	3	61,60	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Looie	5	96,70	Berlin-Dresd. St. A.	3	22,70	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. St.-Gfth.-Anl.	5	101,30	Berlin-Dresd. St. A.	3	69,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
			do. Gold-Pfdr.	5		Berlin-Dresd. St. A.	3	76,60	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70						
					Berlin-Dresd. St. A.	3	203,40	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	43,10	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	43,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	73,10	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	101,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	110,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	20,20	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	94,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	75,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	74,75	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	107,40	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	92,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	175,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	83,30	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	91,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	51,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	128,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	128,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	103,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	93,60	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	103,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	104,20	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	102,90	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	103,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	366,20	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	379,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	367,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	105,70	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	105,70	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	86,20	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	97,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	79,60	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	94,75	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	86,10	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	84,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	100,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	90,20	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	80,90	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	84,25	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	84,00	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	83,80	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3	79,50	Berlin-Dresd. St. A.	4	102,70							
					Berlin-Dresd. St. A.	3											